

Guten Tag Herr MdL Wippel,

Sie haben sich mit Schreiben vom 6. Mai d.J. an uns gewandt, um eine gemeinsame Vorlage in den Sächsischen Landtag einzubringen. Zielstellung der Vorlage, so Ihre Intention, soll sein, einen Vergleich zwischen dem Land Sachsen und dem Landkreis Görlitz über den Ausgleich der Verzugskosten bei der Integrierten Rettungsleitstelle Ostsachsen herbeizuführen. Dieses Ansinnen haben Sie bereits im Kreistag angedeutet und somit waren wir auch in der Lage, das Anliegen zu prüfen und zu beraten.

Wir, die Abgeordneten der Fraktion die LINKE aus dem Landkreis Görlitz, werden sich an Ihrer Initiative nicht beteiligen. Wir möchten dies auch kurz begründen:

1. Wir sind der Überzeugung, dass die entstandenen Verzugskosten eindeutig dem Freistaat aufgrund seiner Zuständigkeit für die Rettungsdienstplanung zugeordnet werden können und im Einzelnen nachweisbar sind. Insofern ist aus unserer Sicht die Rechtslage eindeutig. Ein Vergleichsangebot geht aber im Gegensatz dazu von einer strittigen Sachverhaltsbewertung und der Annahme aus, dass im Verfahren kein vollumfänglicher Schadensausgleich zu erwarten ist. Wir sehen aber weder beim Zweckverband noch bei den Landkreisen Bautzen oder Görlitz eine Teilschuld für die den Landkreisen entstandenen Mehrkosten.

2. Der Diskussionsprozess zur freistaatlichen Verantwortung für Mehrkosten im Zusammenhang mit der IRLS ist seitens beider Landkreise beharrlich geführt worden. Es liegt entsprechender Schriftverkehr vor. Die Kreistage sind seit mindestens 2011 – seit der technischen Betriebsbereitschaft – regelmäßig über die Hintergründe der fehlenden Gesamteinbetriebnahme und die Bemühungen zur Problemlösung durch die Kommunalverwaltung informiert worden.

3. Deshalb ist eine Vergleichsinitiative auch nicht durch ein Votum des Kreistages gedeckt. Im Gegenteil: Wir sehen in einer solchen Vergleichsinitiative ein Unterlaufen eines eindeutigen Kreistagsbeschlusses und damit auch eine Missachtung der bisherigen Aktivitäten der Kreisräte und der Verwaltung.

Herr Wippel, wie Sie sehen sprechen neben anderen Gründen, die hier keiner Erläuterung bedürfen, hinreichende Sachgründe gegen eine Beteiligung an Ihrem Antrag. Für uns ist der im Kreistagsbeschluss vom 4. 5. 2016 aufgezeigte Weg richtig und eine juristische Klärung überfällig, weil dieser Landkreis – wie Sie der Haushaltsdebatte in der vergangenen Woche entnehmen konnten - keinerlei finanzielle Spielräume mehr hat, die es erlauben würden, auf einen Ausgleich für nicht selbst verursachte Verluste zu verzichten. Dass Sie den Freistaat

**Kathrin Kagelmann**

Mitglied des Sächsischen Landtages

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon 0351 493-5818

Telefax 0351 4510315852

Kathrin.kagelmann@slt.sachsen.de  
www.kathrin-kagelmann.de

**Wahlkreisbüro:**

Muskauer Str. 21

02906 Niesky

Telefon: (03588) 25 89 15

Telefax: (03588) 25 89 16

**Wahlkreisbüro:**

Gutenbergstr. 17

02943 Weißwasser

Telefon: (03576) 4080860

Telefax: (03576) 21 85 13

**Mirko Schultze**

Mitglied des Sächsischen Landtages

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon 0351 493-5852

Mobil: 0173 5383158

Telefax 0351 4510315852

mirko.schultze@slt.sachsen.de

www.mirko-schultze.de

**Bürgerbüro:**

Schulstraße 8

02826 Görlitzer

Tel: 03581403005

bb-schultze@linksfraktion-  
sachsen.de

**Bürgerbüro:**

Innere Bautzner Str. 3

02708 Löbau

Tel: 03585417877

mindestens teilweise aus seiner Verantwortung entlassen und gleichzeitig kommunale Einsparpotenziale im Bereich der Jugend- oder Familienhilfe erkennen wollen, lässt dagegen wieder einmal erkennen, wie weit wir politisch auseinander liegen.

Wir wünschen Ihnen einen guten Tag.

Kathrin Kagelmann  
Fraktion Die LINKE im Kreistag Görlitz  
Fraktionsvorsitzende  
MdL

Mirko Schultze  
Fraktion Die LINKE im Kreistag Görlitz  
Stellv. Fraktionsvorsitzender  
MdL